

Resolution des Vertretertages 2017

40-Stunden-Woche auch für Lehrer sicherstellen! Vorrangige Senkung der Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrer

Die Vertreterversammlung 2017 des Philologenverbandes Niedersachsen nimmt die Koalitionsverhandlungen von SPD und CDU zur Bildung einer neuen Landesregierung zum Anlass, die Koalitionäre aufzufordern, nach den jahrelangen Versäumnissen von Rot-Grün ihre Fürsorgepflicht für die niedersächsischen Lehrerinnen und Lehrer wahrzunehmen und insgesamt ihrer Verpflichtung und Verantwortung, für eine rechtskonforme Arbeitszeit in Niedersachsen auch für Lehrer zu sorgen, nachzukommen.

Die Delegierten erinnern daran, dass die Arbeitszeit der niedersächsischen Beamten nach § 60 (1) NBG im Jahresdurchschnitt 40 Stunden in der Woche nicht überschreiten darf. Diese Rechtsvorschrift gilt auch für Lehrer. Die Landesregierung hat daher die Pflicht, dem Beamtengesetz entsprechend auch für alle Lehrkräfte im Jahresdurchschnitt die 40-Stunden-Woche sowie die Einhaltung der Bestimmungen des Arbeitsschutzgesetzes und der Arbeitszeitverordnung für Beamte sicherstellen, die bisher sträflich vernachlässigt worden sind. Nach diesen Bestimmungen sind sowohl für den einzelnen Tag als auch für die Woche die Höchstgrenzen bei der Arbeitszeit sowie Mindest-Ruhezeiten – auch an Wochenenden und Feiertagen – festgelegt.

Die Delegierten fordern, den offensichtlichen bisherigen Verstößen gegen die genannten Rechtsbestimmungen schnell und unbürokratisch entgegenzuwirken und insbesondere umgehend dort rechtskonformes Handeln vorzusehen, wo es besonders dringend geboten ist, wenn nicht weiterhin die Fürsorgepflicht verletzt und gesundheitliche Schäden der Lehrkräfte weiterhin bewusst in Kauf genommen werden sollen.

Die Vertreterversammlung begrüßt daher Bestrebungen, erste Maßnahmen vorzusehen, die Pflichtstundenzahl von Lehrergruppen zu mindern; dabei ist es sachgerecht und unabdingbar, dass zunächst diejenige Lehrergruppe vorrangig Berücksichtigung findet, die ausweislich aller bisherigen Arbeitszeituntersuchungen die höchste Arbeitszeit hat. Das sind zweifelsfrei und nachweislich die Lehrkräfte an Gymnasien, da die Gymnasiallehrer - auch unter Berücksichtigung der unterrichtsfreien Zeiten - im Jahresdurchschnitt eine wöchentliche Arbeitszeit von weit über 40 Stunden haben. Die Lehrkräfte an Gymnasien würden es daher als einen nicht hinnehmbaren Affront verstehen, wenn weiterhin und wiederum in sachwidriger Gleichsetzung von Unterrichtsverpflichtung und Arbeitszeit die Lehrkräfte an Gymnasien benachteiligt werden sollten. Dies würde in gravierendem Widerspruch zur gesetzlich festgelegten 40-Stunden-Woche für alle Beamten stehen und einer gerichtlichen Überprüfung erneut nicht standhalten.

Insgesamt fordern die Delegierten die neue Landesregierung auf, Arbeitszeitbedingungen für die niedersächsischen Lehrkräfte zu schaffen, die den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und die dazu beitragen, verlorengegangenes Vertrauen der Lehrer in die Politik wiederherzustellen. Ansonsten ist zu befürchten, dass der von der rot-grünen Landesregierung geschaffene schwere Konflikt ein Dauerkonflikt bleibt.